

# Sitzungsvorlage

## öffentlich

Vorlage-Nr.:	VO/0573/2023
Fachbereich:	Büro des Bürgermeisters
Erstellt von:	Wilhelm Sendermann
Datum:	25.01.2023

### Betreff:

Errichtung einer neuen Flüchtlingsunterkunft im Gewerbegebiet Olfen-Ost II

Beratungsfolge:		
07.02.2023	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung
14.02.2023	Rat der Stadt Olfen	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Im Gewerbegebiet Olfen-Ost II werden auf dem Grundstück Gemarkung Olfen-Stadt, Flur 13, Flurstück 1232 zwei weiteren Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen von jeweils bis zu 59 Personen errichtet.

### Sachverhalt:

Die Stadt Olfen hat sich entschieden, vor dem Hintergrund der derzeitigen Flüchtlingssituation eine für die gewerbliche Entwicklung vorgesehene Fläche im Gewerbegebiet Olfen-Ost nicht zu veräußern. Dort ist - neben den bestehenden Flüchtlingsunterkünften am Vinnumer Landweg - die Errichtung von zwei weiteren in etwa baugleichen Gebäuden für die Unterbringung von jeweils bis zu 59 Personen vorgesehen.

Die dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge auf dem Olfener Wohnungsmarkt sind nahezu erschöpft. Zahlreiche Wohnungen konnten angemietet werden und daran soll auch weiterhin festgehalten werden, um so die Integration der Flüchtlinge in Olfen zu gestalten. Allerdings sind diesem Vorhaben aufgrund der angespannten Wohnungssituation und Ausweichmöglichkeiten Grenzen gesetzt.

Um die vorgegebenen Quoten der Aufnahme von zugewiesenen Flüchtlingen zu erfüllen, müssen hierfür neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Deswegen wird vorgeschlagen, zwei vergleichbare Häuser neben dem bisherigen Standort der Flüchtlingsunterkunft am Vinnumer Landweg zu errichten.

Andere Bauflächen für Unterkünfte werden in Olfen verwaltungsseitig nicht gesehen.

Von Vorteil für die Errichtung neben dem bisherigen Unterbringungsstandort ist auch, dass eine zentrale Wärmeversorgung mit der bestehenden Kraft-Wärme-Kopplung dort möglich ist.

Eine Realisierung ist in diesem Jahr vorgesehen. Mittel sind dafür im Haushalt 2023 eingeplant.

Vorgesehen ist, dazu eine Bürgerinformationsversammlung durchzuführen.

**Mitgezeichnet von:**